



Internationaler Flaggentag der Mayors for Peace - 8.Juli 2024

Der Flaggentag ist insbesondere ein Aktionstag gegen Atomwaffen, aber er wendet sich auch allgemein gegen Rüstung und Krieg. Einige von den Anwesenden hier haben den 2. Weltkrieg oder seine Auswirkungen mit Not, Zerstörung, Angst und Hunger noch miterlebt.

Warum gibt es überhaupt Atomwaffen? Dazu ein Zitat von Albert Einstein: „Der Mensch erfand die Atombombe. Doch keine Maus der Welt würde eine Mausefalle konstruieren.“

Die Atombombe widerspricht der Vernunft, der Menschlichkeit, der Rechtmäßigkeit und schadet in mehrfacher Hinsicht: Schon für die Herstellung werden Menschenrechte verletzt und wertvolle Ressourcen werden verschwendet. Und das alles für Tod und Vernichtung, für katastrophale humanitäre und ökologische Folgen. Dabei ist nicht nur der Einsatz der Bombe, sondern schon die Androhung damit - völkerrechtswidrig. Das hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag am 8.Juli 1996 festgelegt, genau heute vor 28 Jahren.

Wir leben in einer Zeit gefährlicher Konfrontation. Rüstungskontrollverträge wurden gekündigt, zuerst von den USA. Alle Atomkräfte rüsten auf. Was vor einigen Jahren noch undenkbar war: - Prominente Stimmen aus verschiedenen Parteien (u.a. Brigitte Barley, SPD, und Joschka Fischer, Grüne) forderten zuletzt Atomwaffen für die EU. Das würde einen Bruch des NVV-Vertrages bedeuten, des Nichtverbreitungsvertrages von Atomwaffen, den alle EU-Staaten unterzeichnet haben. (in: Ohne Rüst.Leben)

Die Atomkräfte halten immer noch an der Doktrin der Abschreckung fest. Die neuen, in Deutschland an der Mosel lagernden, amerikanischen taktischen Atomwaffen werden propagiert als wendiger und zielgenauer, um damit einen Atomkrieg führbar und gewinnbar zu machen. Doch jede dieser neuen Bomben hat immer noch die 20fache Zerstörungskraft der Hiroshimabombe. Wer glaubt, einen begrenzten Atomkrieg führen zu können, geht über das Prinzip der Abschreckung hinaus.

UN-Charta und GG fordern auf zu Frieden und Völkerverständigung. Und der 2+4-Vertrag (1989), dem Deutschland seine Wiedervereinigung verdankt, schreibt vor, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“. Doch z.Z. werden in unserem Land Stimmen, die sich für Abrüstung, für gewaltfreie Lösungen von Konflikten, für Deeskalation, für Verhandlungen einsetzen, diskriminiert und verächtlich oder gar mundtot gemacht (denken wir an Papst Franziskus, an die Aktiven des Ostermarsches, an Rolf Mützenich von der SPD, an den General a.D. Kujat, - um nur einige zu nennen).

Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit widersprechen dem Friedensgebot des GG. Der Rüstungsetat des neuen Bundeshaushalts ist höher als die Etats von Bildung, Gesundheit, Wohnen, Umwelt, Entwicklung u. Auswärtiges zusammen. Diese Militarisierung der Gesellschaft gefährdet den sozialen Zusammenhalt und innergesellschaftlichen Frieden und fördert faschistische Tendenzen. Und er trägt nicht zum äußeren Frieden bei, sondern verschärft die Konflikte, besonders durch Waffenexporte in Kriegsgebiete.

1957, als der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer Atomwaffen wollte, veröffentlichten die Göttinger 18, 18 Professoren der Kernphysik (u.a. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker) einen Aufruf und mahnten: „Wir glauben, dass ein kleines Land wie die Bundesrepublik, sich (...) am besten schützt und den Weltfrieden am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen (...) verzichtet.“ Das gilt auch heute noch. Es gibt keine Sicherheit mit nuklearen Massenvernichtungswaffen. Sicherheit kann es nur geben als gemeinsame Sicherheit, durch Verhandlungen und Gespräche mit Vertrauensbildung.

Kluge und verantwortungsvolle Politik hat deshalb keine Wahl.

D.h. für Deutschland,

den Atomwaffenverbotsvertrag der UN zu ratifizieren, der bereits von fast der Hälfte aller Nationen weltweit unterzeichnet worden ist.

D.h. für alle Atommächte,

die chinesische Atomwaffen-Doktrin des „no first use“ aufzugreifen.

D.h. für Europa

Verhandlungen für eine neue Sicherheitsarchitektur zu führen, für ein gemeinsames Haus Europa, wie es die Charta von Paris zur Wiedervereinigung Deutschlands 1990 vorgegeben hat.

Wir brauchen eine Politik für den Menschen, damit der Wunsch der Hibakusha, die in Hiroshima und Nagasaki die amerikanischen Atombomben überlebt haben, in Erfüllung geht:

Nie wieder Hiroshima!